

Haushaltsrede 2013/2014

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Lohse,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Erneut verschlechtert sich während der Jahre 2013 und 2014 die finanzielle Situation unserer Stadt: Die Schulden steigen auf einen Gesamtschuldenstand Ende 2014 von etwa 1,2 Milliarden Euro.

Eigentlich haben wir ja sehr gute Rahmenbedingungen: Es gibt keine Rezession, die Wirtschaft läuft recht gut, die Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen, 2012 hat der Staat sogar einen kleinen Überschuss erwirtschaftet und über den kommunalen Entschuldungsfond sparen wir jährlich etwa 30 Millionen Euro. Trotzdem wird unsere Situation immer prekärer: Investitionen müssen durch drei Ministerien genehmigt werden und zusätzliche freiwillige Leistungen werden durch die ADD nicht mehr genehmigt, damit haben wir das Ende der kommunalen Selbstverwaltung erreicht.

Dabei ist die Steuerkraft von Ludwigshafen sehr hoch. Selbst die erhaltenen Steuern bewegen sich auf einem relativ hohen Niveau. Das Problem sind die hohen Abgaben, die wir aufgrund der hohen Steuereinnahmen leisten müssen: So betragen im Jahr 2013 die Gewerbesteuerumlage 34 Millionen Euro, die Finanzausgleichsumlage über 13 Millionen Euro. Allein dies sind über 47 Millionen Euro, die uns weggenommen werden und quasi auf Kredit finanziert werden müssen. Hinzu kommt, dass aufgrund der hohen

Steuereinnahmen keine Schlüsselzuweisung B 2 erfolgt.

Weiterhin ist festzustellen, dass selbst in Zeiten von hoher Beschäftigung keinerlei Rückgang der Sozialausgaben erfolgt, im Gegenteil für die Stadt nehmen diese Kosten noch zu. Kontraproduktiv wirkt sich hier sehr stark aus, dass Bundesmittel für Projekte wie KÜM, ein sehr erfolgreiches Programm für Schüler, sowie das Bildungs- und Teilhabepaket durch die Bundesregierung beendet werden und somit wichtige vorbeugende Maßnahmen im sozialen Bereich wie in der Schulsozialarbeit nicht weiter fortgeführt werden können und damit zu erwarten ist, dass zukünftig die sozialen Kosten weiter stark ansteigen.

Katastrophal auch die Kostenentwicklung im Bereich der Kindertagesstätten. Die Familienministerin in Berlin und Mitglieder der Landesregierung in Mainz werben offensiv mit der Kindergartenplatzgarantie für zweijährige Kinder, die Kosten bleiben aber bei der Stadt Ludwigshafen hängen. Die Zuschüsse in diesem Bereich können wirklich nur als Almosen bezeichnet werden. Die Frage ist, ob eine Klage sinnvoll ist, eine Neuordnung ist aufgrund eines bekannten Gerichtsurteils geplant, führt aber wohl zu einer Verbesserung, aber keiner endgültigen Lösung.

Für uns sitzen die Hauptverantwortlichen im Bundestag und im Landtag. Wir können nicht verstehen, wieso Ludwigshafener Abgeordnete in diesen Parlamenten solchen Gesetzen und Haushaltsplänen zustimmen. Wir fordern diese Vertreter unserer Stadt auf, künftig gegen solche Gesetze zu stimmen.

Kritisch sehen wir im Haushalt einige Ausgaben im Kulturbereich.

So halten wir die Ausgaben von jeweils 150.000 Euro im Jahr 2013 und 2014 für die Unterstützung der Bewerbung Mannheims zur Kulturhauptstadt Europas für nicht sinnvoll. Die nächste Möglichkeit besteht erst 2025 und Mannheim sollte hier die Vorreiterrolle spielen. Bleiben diese Gelder bis 2025 im Haushalt, würden wir eine Summe von 1,8 Millionen Euro ausgeben. Wir treten für eine Streichung dieser Gelder ein.

Beim Theater im Pfalzbau werden 2014 offenbar über 260.000 Euro an Einnahmen aus Kartenverkauf, Zuschüssen und Spenden weniger erwartet als 2012; auch 2013 rechnet man schon mit über 150.000 Euro weniger. Wir dagegen erhoffen uns durch ein geändertes Konzept mehr statt weniger Einnahmen. So wäre es unseres Erachtens möglich, durch mehr Kooperation innerhalb der Metropolregion sowie mit qualitativ gutem Boulevardtheater und überregional beachtenswerten Tanzaufführungen die Besucherzahlen und damit auch die Einnahmenseite deutlich zu verbessern. Durch das momentane Programm hat das Theater Akzeptanzprobleme in unserer Stadt: So gibt es an einem Gymnasium einen Deutsch-Leistungskurs, der keine Aufführungen mehr im Pfalzbau besucht, sondern nach Mannheim oder auch schon mal nach Frankenthal ins Congress-Centrum geht. Wir beantragen daher, dass bis zu einem neuen Theaterkonzept für 2013 und 2014 zumindest die gleichen Einnahmen wie 2012 wenigstens angestrebt werden. Dazu haben wir deshalb auch einen eigenen Antrag gestellt. Gleich uns hat ja

auch schon die Aufsichtsbehörde die zu hohen Zuschüsse fürs Theater moniert.

Unklar bleibt für uns weiterhin die Sanierung der Straßenbahnlinie 10 in Nord / Friesenheim. Laut Auskunft im Hauptausschuss sind diese Kosten im Wirtschaftsplan der VBL festgeschrieben. Wir sind gespannt, ob tatsächlich demnächst mit der Sanierung begonnen wird. Wie bekannt, treten wir für die Straßenbahntrassenverlängerung von Oppau zumindest bis in die Pfingstweide, besser wäre noch bis nach Frankenthal ein. Dass dafür seit Jahren angeblich kein Geld vorhanden sei, überrascht angesichts der Tatsache, dass im Bereich des RNV z.B. im Mannheimer Ortsteil Gartenstadt – und dies sogar gegen massive Proteste der dortigen Anwohner - eine neue Trasse gebaut werden soll. Auch in Heidelberg soll es wohl Neubaupläne geben. Dies alles verwundert zumindest sehr. Sollte dies an unterschiedlicher Bezuschussung der jeweiligen Landesregierungen liegen, wäre „Rot-Grün“ in Mainz gefordert.

Unklar erscheint uns die Sanierung des Freibades am Willersinnweiher. So soll jetzt nach der Freibadesaison mit dem Neubau eines 50 m Beckens begonnen werden. Da das jetzige Becken jede Menge aufbereitetes Trinkwasser verliert, ist aus umwelt- und technischen Gründen die Sanierung natürlich dringend erforderlich. Für die Besucher ändert sich damit aber nur wenig, und die wirklich katastrophalen Verhältnisse im Toiletten- und Sanitärbereich erfahren zunächst keine Änderung. Laut Auskunft im Hauptausschuss gibt es noch keinerlei finanzielle, bauliche oder zeitliche Vorstellungen. Auch soll es für diesen Bauabschnitt keinerlei Zuschüsse vom

Land geben. Dies halten wir für sehr gefährlich. Die Attraktivität des Bades wird damit weiter abnehmen, es entspricht in keinsten Weise mehr dem aktuellen Standard. Es ist zu erwarten, dass die Besucherzahlen weiter sinken werden. Auch hat Bürgermeister van Vliet ausgeführt, dass es Bestrebungen der ADD gegeben hat, die Bäder zu schließen, weil es im Kreis genügend und ausreichend Angebote gibt. Wir erwarten daher, dass – wenn schon der Bau eines Kombibades abgelehnt wird - jetzt zügig eine Gesamtplanung und Konzeption erstellt wird, die langfristig die Zukunft des Freibades sichert. Im schlimmsten Fall befürchten wir, dass das neue Becken gebaut wird, aber dann keinerlei weitere Sanierung erfolgt. Daher muss schnellstmöglichst eine Gesamtlösung erstellt werden. Unverständlich bleibt für uns, warum nicht noch einmal der Weg, den der letzte SPD- Oberbürgermeister Wolfgang Schulte verfolgt hatte, weiter zumindest geprüft wird: Auf eine europaweite Ausschreibung für ein Kombibad hatten sich damals 20 Interessenten gemeldet, drei davon waren im Jahr 2001 schon in die engere Wahl genommen, nur einer davon sprang dann ab. Die grundsätzlichen Bedenken der ADD gegen die beabsichtigte Finanzierung, das sogenannte Forfaitierungsmodell, bestanden schon damals zu Beginn überhaupt nicht. Dass heutige Interessenten, die es ja laut Aussagen des Sportdezernenten geben soll, immer noch dieses wohl nicht unübliche Finanzierungsmodell wünschen, ist für uns nachvollziehbar und könnte wohl auch heute von der ADD nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Der Bau eines Kombibades am Willersinn wäre allemal sinnvoller gewesen, als der Umbau des Pfalzbau-Konzertsaals zum Kongresszentrum, weil man damit durch einen

wirtschaftlicheren Betrieb der Bäder insgesamt Einsparungen erzielt hätte, während der Kongressbereich auf Jahre hinaus hohe Fehlbeträge verursacht.

Risiken im Haushalt sehen wir im Bereich der Zinsen. Irgendwann werden die zur Zeit sehr niedrigen Zinsen wieder steigen und eine erhebliche weitere Verschuldung bewirken.

Wie die Rheinpfalz in ihrer Ausgabe vom 2. Februar so schön in einer Grafik darstellte, betragen die Schulden in 2001 insgesamt (von DMark umgerechnet) 500 Millionen EURO; dafür waren 25,5 Millionen EURO an Zinsen zu zahlen. 2012 betragen die Zinsen bei einem um 600 Millionen EURO mehr als doppelt so hohen Schuldenberg wie 2001 mit 30,5 Millionen EURO gerade mal 5 Millionen, also nur 20%, mehr. Dies zeigt wie dramatisch sich die Zinszahlungen nach oben entwickeln könnten.

Die Grünen haben eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes beantragt. Ein Teil der gleichzeitig mit beantragten Maßnahmen erachten wir auch für sehr sinnvoll. Die Diskussion um die Erhöhung der Gewerbesteuer führen wir ja seit über 10 Jahren. Der Gewerbesteuersatz ist ja auch relativ niedrig, daher befürworten wir im Prinzip auch eine Erhöhung. Leider akzeptiert der größte Gewerbesteuerzahler eine Steuererhöhung nicht, und daher ist zu erwarten, dass eine Erhöhung ohne Absprache mit der BASF zu erheblichen Mindereinnahmen führt, daher können wir den Antrag leider nicht unterstützen.

Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich ausdrücklich für die hilfreiche Unterstützung durch die Kämmerei, insbesondere durch den Kämmerer Herrn Feid. Durch seine persönliche Darstellung des Haushaltes in der Fraktion konnten viele Fragen und Probleme im Vorfeld bereits geklärt werden. Wir hoffen, dass die Zeit bis zum Einbringen des nächsten Haushaltes für das Jahr 2015 dafür genutzt wird, wieder mehr Transparenz, die durch die teure Einführung der Doppik verloren gegangen ist, zu ermöglichen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit !!!